Quelle:

Scheffran, Jürgen/ Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.), 1998: Kampf um die Natur. Umweltzerstörung und die Lösung ökologischer Konflikte. Darmstadt, Primus-Verlag, ISBN 3-89678-082-4

MOHSSEN MASSARRAT

Wem gehört die Natur?

Weltwirtschaftsordnung, Ressourcenverteilungskonflikte und nachhaltige Entwicklung

Eigentum an der Natur

Auf die Frage, wem die Natur gehört, sind unterschiedliche Antworten möglich. Die formal juristische Antwort ist vermutlich am wenigsten problematisch und mehr oder weniger geklärt. Auf nationalstaatlicher Ebene ist die Eigentumsfrage in den Industrieländern des Nordens durch die jeweilige Verfassung und/oder umfassende Gesetzeswerke und Rechtsnormen weitestgehend definiert. Grundsätzlich wird bei Grund und Boden, Wäldern, Lagerstätten, Flüssen und Seen sowie Naturparks ebenso nach privatem und öffentlichem Eigentum unterschieden wie bei Wohnhäusern, Handwerksbetrieben, landwirtschaftlichen Betrieben und Industriebetrieben.

In den Ländern des Südens ist das Eigentum an der Natur und an den Naturreichtümern weniger durch Konvention als vielmehr teils durch Tradition geregelt und teils durch offene Gewalt gesetzt. In den meisten islamischen Staaten ist die Eigentumsfrage an der Natur durch umfangreiche, aus der Scharia abgeleitete und in der Geschichte der islamischen Staaten weiterentwickelte Rechtsnormen geregelt. In jenen National- bzw. Territorialstaaten des Südens mit indigenen Völkern, die aus dem Kolonialismus der letzten Jahrhunderte hervorgegangen sind, ist die ungeklärte Eigentumsfrage ein eminent wichtiger Grund für innerstaatliche Konflikte. Dabei gehen diese Konflikte in der Regel, wie im Amazonasgebiet (insbesondere in Brasilien) und in Afrika (Beispiel Nigeria), mit massiver Unterdrückung und Vertreibung dieser Völker einher.

Auf formaler Ebene ist die Eigentumsfrage an der Natur auch international weitgehend geregelt. Das Prinzip der territorialen Integrität der Nationalstaaten ist die völkerrechtliche Grundlage auch für die formale Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen. Die Nutzung von natürlichen Ressourcen jenseits von nationalstaatlichen Territorien, nämlich von Res-

sourcen in den Weltmeeren, wurde im Seerechtsabkommen geregelt, das über langwierige, mehrere Jahrzehnte andauernde, Verhandlungen erst 1994 erzielt worden ist.

Doch weder die verfassungsrechtlichen Normen innerhalb der modernen Nationalstaaten noch die völkerrechtlichen Regelsysteme können hinreichend Klarheit darüber schaffen, wem die Reichtümer der Natur in der realen Welt tatsächlich gehören. Aneignungs- und Enteignungsprozesse finden real auch unabhängig von verfassungsrechtlich garantierten und völkerrechtlich geregelten Normen statt. Rechtsnormen und deren ethische Grundlagen selbst verschleiern oft latente Aneignungs- und Enteignungsprozesse natürlicher Reichtümer. Hierfür gibt es seit John Locke, dem englischen Naturrechts- und Staatstheoretiker, eine lange Tradition. Locke liefert die ethische Legitimation des "naturgesetzlich verwurzelten" Privateigentums an der Natur, indem er von drei Annahmen ausgeht:

Erstens setzt die produktive Nutzung der Natur die Entstehung des Privateigentums voraus. "Gott gab die Welt den Menschen gemeinsam" und "da er sie ihnen zu ihrem Nutzen gab und zu den größtmöglichen Annehmlichkeiten des Lebens, die sie ihr abgewinnen vermöchten, kann man nicht annehmen, er", Gott, "habe beabsichtigt, daß sie immer Gemeingut und unkultiviert bleiben sollte" (Locke 1967:221).

Zweitens entsteht das Privateigentum an der Natur durch die individuelle Arbeit und ist somit auch ethisch legitimiert. "Obwohl die Erde und alle niederen Lebewesen allen Menschen gemeinsam gehören, so hat doch jeder Mensch ein Eigentum an seiner Person. Auf diese hat niemand ein Recht als nur er allein. Die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände sind, so können wir sagen, im eigentlichen Sinne sein Eigentum. Was immer er also dem Zustand entrückt, den die Natur vorgesehen und in dem sie es belassen hat, hat er mit seiner Arbeit gemischt und ihm etwas Eigenes hinzugefügt. Er hat es somit zu seinem Eigentum gemacht. Da er es dem gemeinsamen Zustand, in den es die Natur gesetzt, entzogen hat, ist ihm durch seine Arbeit etwas hinzugefügt worden, das das gemeinsame Recht der anderen Menschen auschließt. Denn da diese Arbeit das unbestreitbare Eigentum des Arbeiters ist, kann niemand außer ihm ein Recht auf etwas haben, was einmal mit seiner Arbeit verbunden ist" (ebd.:218).

Drittens resultiert die individuelle Anhäufung des Eigentums, also des kapitalistischen Eigentums, an der Natur aus individueller Arbeit im Wirkungszusammenhang mit der Erfindung des Geldes. "Dieselbe Regel für das Eigentum, nämlich daß jeder Mensch soviel haben sollte, wie er nutzen kann, würde auch noch heute … auf der Welt gültig sein, wenn nicht die Erfindung des Geldes und die stillschweigende Übereinkunft der Menschen,

ihm einen Wert beizumessen (durch Zustimmung) die Bildung größerer Besitztümer und das Recht darauf mit sich gebracht hätte." (ebd.:224). "... Und wie die verschiedenen Stufen des Fleißes das unterschiedliche Verhältnis ihres Besitzes bedingte, so gab die Erfindung des Geldes ihnen", den Menschen, "Gelegenheit, den Besitz zu vergrößern und beständig zu machen" (ebd.: 231).

Lockes Begründung des Privateigentums an der Natur beruht somit auf der historisch unbegründeten Gleichsetzung der Arbeit mit Privatarbeit und des Eigentums mit Privateigentum, dem Versuch also, "das private Eigentum gewissermaßen zu naturalisieren" (Immler 1985:82).1 Ferner liefert Locke keine logische Begründung für die Herkunft des Geldes und somit für die Vermehrung des Eigentums. Seine Annahme, Geld sei ausschließlich das Ergebnis der eigenen Arbeit des Eigentümers, ist eine Vereinfachung und Vernachlässigung der Tatsache, daß das Geld als Kapital nur in Ausnahmefällen aus der eigenen Arbeit, in der Regel jedoch aus der Anhäufung fremder Arbeit resultiert (Marx). Folgte man dieser These, so wäre Lockes ethischer Begründung des kapitalistischen Eigentums an der Natur der Boden entzogen. Tatsächlich ist Lockes These historisch und logisch unbegründet, sie ist eine Konstruktion. Dennoch liefert sie bis heute die ethische Legitimationsgrundlage des Privateigentums an der Natur in den Rechtssystemen kapitalistischer Gesellschaften und in der neoklassischen Ökonomie.

Die neoklassische Ökonomie geht davon aus, daß die formale Regelung des Eigentums an der Natur auch die hinreichende Gewähr für eine gerechte Verteilung von natürlichen Ressourcen liefert. Die freie Entscheidung der Konsumenten, die natürliche Ressourcen nachfragen, die freie Entscheidung der Eigentümer und Produzenten, die Rohstoffe anbieten, und der Freihandel sorgen dafür, daß alle Marktakteure, gleich aus welchem Teil des Globus sie stammen, nach dem Prinzip der Nutzenoptimierung handeln und daß die Märkte die Ressourcenpreise regulieren und Selbstregulierungskräfte mögliche Marktstörungen und Knappheitssituationen überwinden. Bei einer partiellen und kurzfristigen Betrachtungsweise neigt man dazu, dieser neoklassischen Sicht zu folgen. Tatsächlich kann nicht bestritten werden, daß – vor allen Dingen unter den Bedingungen eines seit mehreren Jahrzehnten herrschenden Überflusses von natürlichen Ressourcen auf allen Ressourcenmärkten – die Ressourcenverteilung durch Marktkräfte reguliert wird.

Immler beschäftigt sich in seinem Werk ausführlich mit dem Naturverständnis bei der Herausbildung der vorklassischen und klassischen ökonomischen Theorien.

Bei einer ganzheitlichen Betrachtungsweise gilt es zunächst zu untersuchen, worauf der gegenwärtig zu beobachtende Überfluß an Ressourcen auf den Rohstoffmärkten zurückzuführen ist, zumal an der grundsätzlichen Begrenztheit der Ressourcen und des Planeten Erde als Ganzes aus naturwissenschaftlicher Sicht kein Zweifel besteht und der Überfluß von endlichen Ressourcen ein Anachronismus ist.

Überfluß von endlichen Ressourcen: Anachronismus durch Gewalt

Überfüllte Rohstofflager und Ölhäfen der Industrieländer, seit mehreren Jahrzehnten anhaltend sinkende Preise und Terms of Trades für agrarische und mineralische Rohstoffe (Näheres s. Massarrat 1993:17ff) sind Indizien dafür, daß gegenwärtig, entgegen allen Voraussagen,2 keine Ressourcenknappheit, sondern nach wie vor ein Ressourcenüberfluß vorherrscht, allerdings nur in den Industrieländern. Ein Vergleich von Ressourcenproduktion und -verbrauch zwischen ausgewählten Industrie- und Entwicklungsländern liefert einen ersten Anhaltspunkt für des Rätsels Lösung. Dieser Vergleich erfolgt in der Tabelle 1 für drei wichtige und gleichwohl durchaus repräsentative Rohstoffe: Erdöl, Kupfer und Zink. Der Vergleich zeigt mit wenigen Ausnahmen durchgängig, daß (a) Länder mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Verbrauch eine unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Produktion aufweisen, somit also Netto-Importeure sind, (b) mit Ausnahme von Rußland und Australien die Entwicklungsländer die Differenz zwischen Verbrauch und Produktion der Industrieländer decken und (c) folglich der Ressourcenüberfluß in den Industrieländern auf Ressourcenausbeutung in anderen Weltregionen beruht.

Aus diesem empirisch weitläufig bekannten Sachverhalt, daß Industrieländer Nettoressourcenimporteure und Entwicklungsländer Nettoressourcenexporteure sind, leitet die neoklassische Ökonomie die Schlußfolgerung ab, die Entwicklungsländer seien reich und die Industrieländer arm an Rohstoffen. Diese Schlußfolgerung entspricht zwar der herrschenden Lehre der internationalen Arbeitsteilung auf der Basis der von Heckscher, Ohlin und Samuelson³ entwickelten Faktorproportionstheoreme, wonach die internationale Arbeitsteilung sich entlang der Knappheit bzw. des Reichtums von Produktionsfaktoren herausbildet, sie widerspricht jedoch gründlich der Realität: Etwa 60 % aller fossilen Energien (Erdöl, Erdgas, Kohle, Ölsande und Ölschiefer) lagern in den Industrieländern (Massarrat 1993:186).

Tabelle 1: Produktion und Verbrauch bei ausgewählten Rohstoffen im Vergleich (pro Kopf und Jahr)

Entwicklungsländer			Industrieländer		
	Produktion	Verbrauch		Produktion	Verbrauch
-		Erdől	in t 1993		
OPEC	2,78	0,47	USA	1,56	3,06
Mexiko	1,73	0,79	Rußland	2,29	1,27
Brasilien	0,21	0,40	BRD	0,37	1,68
VR China	0,12	0,12	Frankreich		1,58
Indien	0,03	0,07	GB	1,72	1,45
		Kupfer	in kg 1993		
Chile	149,00	5,20	BRD		11,30
Papua-	49,00		USA	0,69	9,20
Neuguinea				.	
Sambia	48,00	2,00	Frankreich		8,20
Peru	. 16,40	1,60	Australien	22,80	8,30
Mexiko	3,30	1,50	Rußland	5,70	2,80
		Zink	in kg 1993		
Peru	29,00	3,40	USA	1,99	4,43
Mexiko	3,90	0,11	BRD		6,70
VR China	0,60	0,40	Frankreich		3,90
Indien	0,17	0,16	Rußland	3,29	2,22

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von: Metallstatistik 1995; BP Statistical Review of World Energy 1996; Fischer Weltalmanach 1996

Gemessen an der Bevölkerung (Vorrat pro Kopf) sind in Wahrheit die Entwicklungsländer vergleichsweise um ein Vielfaches ärmer an fossilen Energien als die Industrieländer. Ein beachtlicher Anteil der wichtigsten mineralischen Rohstoffe lagert in den USA, Kanada und Rußland. Die These von rohstoffreichen Entwicklungsländern und rohstoffarmen Industrieländern ist nichts mehr als eine Konstruktion aus dem neoklassischen Denkgebäude. Dennoch ist sie sehr weit verbreitet, bildet die Grundlage aller neoklassischen Analysen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und führt zu fatalen entwicklungs- wie sicherheitspolitischen Konsequenzen. Die Ent-

² Insbesondere durch die Club of Rome-Studie über die Grenzen des Wachstums (Meadows u.a. 1972).

³ Siehe die Beiträge von Heckscher, Ohlin und Samuelson in: Rose 1971.

⁴ Diese Konstruktion liegt auch der Analyse von Ipsen/Brückmann in diesem Buch zugrunde. Indem sie Energiepreiserhöhung durch die OPEC als Konfliktursache identifizieren, stellen sie die sicherheitspolitische mainstream-Position der OECD-Staaten nicht grundlegend in Frage, wonach die Störung der "Ölversorgung zu angemessenen Preisen" deren Sicherheit gefährde. Im übrigen wer-

wicklungsländer sollten sich nach dieser These auf Rohstofflieferungen spezialisieren, da sie dank ihres angeblichen Rohstoffreichtums und ihrer komparativen Kostenvorteile die besten Entwicklungseffekte erzielen. Damit wird ihnen für alle Zeiten die Rolle der Rohstofflieferanten für die Industrieländer zugeschrieben.⁵ Andererseits wird den Industrieländern wegen ihrer angeblichen Rohstoffarmut und stofflicher Abhängigkeit von den Entwicklungsländern die Legitimation geliefert, Strangulierungsversuche seitens der Entwicklungsländer abzuwehren, mit anderen Worten den freien Zugang zu den Rohstoffquellen auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Tatsächlich sind Länder des Südens nicht wegen ihres angeblichen Rohstoffreichtums zu Nettoressourcenexporteuren geworden, sondern deshalb, weil ihr Eigenbedarf angesichts ihres niedrigen Industrialisierungsgrades zu gering ist, und weil es die Industrieländer dank ihrer machtpolitischen Dominanz und ihres Kapitalreichtums verstanden haben, die Ressourcen des Südens, wie im nächsten Abschnitt zu zeigen sein wird, in den Dienst ihrer eigenen Rohstoffversorgung zu stellen. Und in den Industrieländern herrscht Ressourcenüberfluß nicht angesichts von im Überfluß verfügbaren Ressorucenquellen, sondern weil es diesen gelungen ist, die Beschränktheit der von der Natur vorgegebenen eigenen Ressourcenpotentiale zu sprengen und die Ressourcenpotentiale des Planeten Erde für scheinbar grenzenlose, in Wahrheit jedoch nur kurzfristig erreichbare, hohe Wachstumsraten der Wirtschaft nutzbar zu machen. Ein Fünftel der Weltbevölkerung in den Industrieländern lebt weit über seine Verhältnisse und zu Lasten der anderen vier Fünftel der Weltbevölkerung im Süden und insbesondere zu Lasten künftiger Generationen. Würden der Eigenbedarf der Entwicklungsländer an Ressourcen als Folge ihres berechtigten Anspruchs auf Industrialisierung und höheren Lebensstandard erhöht werden und die Rohstoffexporte drastisch sinken, so würde sich der Ressourcenüberfluß in den Industrieländern alsbald in Ressourcenknappheit umkehren, und es würden sich Konflikte um die Verteilung von knappen Ressourcen dramatisch zuspitzen. Hierauf liefern die Verhandlungskonflikte um eine gerechte Verteilung des fossilen

Energieverbrauchs bei den bisherigen Weltklimakonferenzen, die die Verhandlungsergebnisse für eine Klimaschutzkonvention entscheidend blokkierten, einen Vorgeschmack.⁶ Auf derartige Konfliktszenarien scheinen sich die Regierungen der Industrieländer in erster Linie militärisch vorzubereiten. In den USA und einigen NATO-Staaten sind Überlegungen in diese Richtung sehr weit fortgeschritten.⁷ "Ökologische Sicherheit" ist mittlerweile ein "Wachstumssektor" bei den militärisch-strategischen Denkfabriken und Agenturen. Dazu zählt - über die 1980 in der "Carter-Doktrin" postulierte Notwendigkeit der militärischen Sicherung "vitaler Interessen" und "lebenswichtiger" Ressourcen des Westens hinaus - inzwischen die Abwendung von "Bedrohungen", die "in einem sehr realen Sinne" durch "ökologische Zerstörungen die Sicherheit unserer Nation und die Sicherheit der Welt bedrohen" ⁸ Dazu zählen auch der militärische Schutz der Ozeane sowohl wegen der "Ausbeutung von mineralischen und fossilen Rohstoffen" wie aber auch zur "Bewahrung der lebenspendenden Kraft des Meeres", ferner ökologisch "schützenswerte" Bereiche wie das "Aussterben wertvoller Arten oder die Integrität der Atmosphäre".9

Werden "Lösungen" für die Verteilungskonflikte, die angesichts von Ressourcenknappheit sehr real sind, den Sicherheitsstrategen anvertraut, so verbannt die herrschende neoklassiche Ökonomie diese Konflikte und deren historischen Entstehungszusammenhang gänzlich aus ihrer Betrachtung. Vielmehr sonnt sie sich in der Illusion jenes nur kurzfristig für den wohlhabenden Teil der Weltbevölkerung geschaffenen künstlichen Ressourcenüberflusses und leugnet die Tatsache der Ressourcenknappheit. Neoklassiker unterstellen, daß alle Rohstoffe substituierbar sind und daß deshalb, so der renommierte US-Ökonom und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Robert Solow, "die Welt tatsächlich ohne Rohstoffe auskommen kann und deren völliger Abbau somit lediglich ein Ereignis, jedoch keine Katastrophe ist" (Solow 1974:11). Die Neoklassik ist offenbar nicht imstande wahrzunehmen, daß sich hinter den funktionierenden Ressourcenmärkten und dem Ressourcenüberfluß in den Industrieländern die strukturelle Ungleichheit der globalen Marktakteure und damit einhergehend ein langan-

den Ipsen/Brückmann ihrem eigenen Anspruch von Nachhaltigkeit und friedlicher Problemlösung im Ansatz dadurch nicht gerecht, daß sie den gegenwärtigen Energieverbrauch der OECD-Staaten in Umfang und Struktur nicht in Frage stellen.

Anmerkung der Herausgeber: Eine ausführlichere Auseinandersetzung über die angesprochenen Fragen kann an dieser Stelle nicht erfolgen.

⁵ An diesem Analysemuster orientieren sich noch immer die Entwicklungspolitik der Weltbank und die Industrieländer.

⁶ Ausführlicher dazu Loske 1996.

⁷ Siehe dazu Sprenger, Ute: Gepanzert f
ür die Öko-Schlacht, in: Frankfurter Rundschau vom 8. Juli 1997.

⁸ Aus einer Rede des Vorsitzenden des Armed Services Committee, Sam Nunn, vor dem US-amerikanischen Senat am 28.6.1990.

⁹ Wörtliche Zitate aus diversen sicherheitsstrategisch wichtigen Dokumenten. Ausführlicher hierzu siehe Tuschl 1997.

haltender Prozeß der Aneignung von Ressourcen und die Enteignung von globalen Ressourceneigentümern verbirgt.

Natur: Aneignung und Enteignung

Es liegt in der Natur der Knappheit und Erschöpfbarkeit von Ressourcen, daß sie die Begehrlichkeit vieler auf sich lenken, und daß sie monopolisierbar sind. Eigentum an erschöpfbaren Ressourcen ist nicht zuletzt auch das Resultat von blutigen Kriegen über viele Jahrhunderte hinweg, um einem monopolistischen Nutzungsanspruch auf die knappen Ressourcen Geltung zu verschaffen. Der Kolonialismus und die Kolonialkriege dienten dazu, einmal entstandene Eigentumsansprüche an der Natur gewaltsam zu verändern. Im Jahrhundert der Globalisierung findet die Aneignung von Ressourcen und die Enteignung von Ressourceneigentümern auch ohne physische Gewalt statt. Im folgenden werden zwei wichtige Formen der Aneignung und Enteignung kurz skizziert.¹⁰

Ausschaltung von Eigentümersouveränität

Durch den monopolistischen Anspruch der Ressourcennutzung erlangen Eigentümer ein besonderes Machtprivileg, das sie zur eigenen Bereicherung gegen den Rest der Gesellschaft und gegen die Konsumenten von knappen Ressourcen einsetzen können, indem sie durch gezielte Knappheitsverschärfung die Preise und ihre Ressourceneinnahmen steigern. Dies trägt einerseits ungewollt zum schonenden Umgang mit den Naturressourcen, andererseits aber auch zur sozialen Verelendung ärmerer Bevölkerungsschichten bei. Dieser Fall kennzeichnet tatsächlich das Verhältnis der agrarischen Grundeigentümer zur großen Bevölkerungsmehrheit in west- und nordeuropäischen Ländern des 19. Jahrhunderts.11 Stehen wir heute vor der Frage, wie gewährleistet werden könnte, dem Raubbau an der Natur und dem ungezügelten Ressourcenverbrauch einen Riegel vorzuschieben, standen die angehenden Wohlstandsinseln des 19. Jahrhunderts vor der genau umgekehrten Frage, nämlich was sie tun sollten, um die ressourcenbedingten Hindernisse der Erhöhung des Lebensstandards zu überwinden. Die Lösung lag für die meisten Staaten Europas mit kolonialer Erfahrung quasi in der Luft: Die Expansion in alle Himmelsrichtungen um die Jahrhundertwende

und die Aneignung der unbesiedelten bzw. dünnbesiedelten Räume, Vertreibung von Ureinwohnern aus ihrem Lebensraum überall dort, wo irgendwelche Naturreichtümer vermutet wurden, und schließlich Eindringen in Gesellschaften, die ökonomisch und politisch nicht stark genug waren, um eigene Naturreichtümer vor dem Zugriff von außen zu schützen. Durch den freien Zugriff auf die noch unberührten, aus der Perspektive der Jahrhundertwende scheinbar unerschöpflichen Naturreichtümer anderer Völker mit komparativ höherer, teilweise sogar sehr hoher Naturproduktivität. konnten zum einen die Kosten des "Naturkapitals" drastisch gesenkt und zum anderen die ökonomische Macht der Grundeigentümer im europäischen Ursprungsland gebrochen werden. Das Wesen dieses, in der Geschichte der Weltmarktentwicklung neuen, globalen Deals bestand in der faktischen Ausschaltung der Rohstoffeigentümerstaaten in den drei Kontinenten Asien, Afrika und Lateinamerika durch die global agierenden euro-amerikanischen Rohstoffkonzerne, somit also in der Herstellung struktureller Dominanz der Nachfrageseite (Europa und USA), letztlich in der Ausschaltung von Marktsouveränität und Marktsteuerungsfunktion der Ressourceneigentümer. Dies geschah durch langfristige Pachtverträge mit den teils noch in kolonialen Beziehungen stehenden und teils nur formal souveränen, jedoch ökonomisch und politisch schwachen Ressourceneigentümerstaaten gegen geringfügige Pachtgebühren. Gegenstand der Pacht war in der Regel nicht die auszubeutende Ressourcenmenge (Barrel Öl, Tonne Kupfererz ...), sondern die Fläche, unter der Ressourcen vermutet wurden (Massarrat 1993:96f, 141f). So wurden ausgezeichnete Voraussetzungen für den Raubbau und die zügellose Ausbeutung der Ressourcen in Regionen außerhalb von Europa und Nordamerika hergestellt, denn es galt unter derartigen Vertragsbedingungen für den Rohstoffkonzern als Pächter die betriebswirtschaftlich rationale Maxime, so viel Ressourcen so schnell wie möglich aus den Territorien der Vertragspartner herauszuholen. Über die euro-amerikanischen Rohstoffagenturen gelangten die Konsumenten aus den Industrieländern des Nordens in die historisch einmalige Position, nicht nur die Nachfragemenge für Rohstoffe, sondern auch deren Angebotsmenge zu definieren. Damit wurde die Marktsouveränität der formellen Ressourceneigentümer, d.h. die Option eigener Nutzenoptimierung selbst zu definieren und auch durchzusetzen, aus den Angeln gehoben. So wurde und wird die stillschweigende Voraussetzung der neoklassischen Gleichgewichts- und Markttheorien, wonach alle Marktakteure hinsichtlich eigener Nutzenoptimierung souveran sind, außer Kraft gesetzt. Fortan waren im Interesse der Konsumenten der Industrieländer einer strukturellen Überproduktion von an sich knappen Ressourcen mit über mehrere Jahrzehnte andauernden unelastischen Preisen auf

¹⁰ Ausführlichere Darstellung siehe Massarrat 1993 und 1997.

¹¹ Siehe dazu die ausführliche und scharfsinnige Analyse von Kautzky (1899).

niedrigem Niveau (Dumpingpreise) Tür und Tor geöffnet. Um die Überproduktion und den "reibungslosen" Fluß von Rohstoffen aus den Entwicklungs- in die Industrieländer aufrechtzuerhalten, scheuten Regierungen der Industrieländer keine außerökonomischen Mittel wie Geheimdiplomatie, politische Umstürze und direkte militärische Intervention.¹²

Was als Folge der Ausschaltung der Marktsouveränität der Ressourceneigentümer der Entwicklungsländer durch sinkende Preise und höhere Wachstumsraten in den Industrieländern positiv zu Buche schlägt, ist in Wahrheit nichts anderes als die latente Enteignung der ersteren.

Zinsraten-, Ressourcenpreis-Mechanismus

Es besteht ein ökonomischer Zusammenhang zwischen Ausbeutungsmengen und Preisen von Ressourcen einerseits und den Zinsraten auf den internationalen Finanzmärkten andererseits (Massarrat 1993:76f). Steigen die Marktzinsraten, so haben die Rohstoffkonzerne und Ressourceneigentümer die Neigung, ihren Umsatz durch Angebotssteigerung und folglich die Ressourcenausbeutungsrate zu erhöhen. Sinkt die Marktzinsrate, so besteht die umgekehrte Tendenz, die Ressourcen im Boden zu belassen und die Angebotsmenge zu beschränken. Mit ihrer Zinspolitik verfügen bedeutende Industriestaaten wie die USA, die BRD oder England über ein sehr wirkungsvolles Instrument, 13 die Mengen und Preise von Ressourcen global zu beeinflussen und so die Ressourceneigentümer unbemerkt zu enteignen. Sind Ressourceneigentümerstaaten obendrein auch noch hoch verschuldet, so sorgt die Verschuldungsfalle zusätzlich für die reibungslose Enteignung, da diese Staaten zur Begleichung ihres Schuldendienstes dem Zwang unterworfen sind, den Raubbau an der Natur zu verstärken und den Teufelskreis der Überproduktion, der sinkenden Preise und Einnahmen, de facto also der eigenen Enteignung, in Gang zu halten. Die Erfindung des Geldes führte zur Vermehrung des Eigentums an der Natur, behauptete Locke. In Wahrheit sorgt das Geld(-Kapital) dafür, daß Konsumenten auch ohne Eigentum an der Natur deren Reichtümer ausbeuten, und zwar mit umso rabiaterer Hemmungslosigkeit.

Man mag nun nachvollziehen, wie der Anachronismus von Überfluß bei endlichen Ressourcen in der realen Welt durchgesetzt wurde und wie histo-

risch jene künstlichen, da mit politisch-militärischen Machtmitteln geschaffenen, Rahmenbedingungen entstanden sind, innerhalb derer Marktprozesse auf den internationalen Ressourcenmärkten – wie im ersten Abschnitt konstatiert – nach dem neoklassischen Muster ablaufen können.

Eigentum an der Natur und nachhaltige Entwicklung – Universelle Regelung der Eigentumsfrage

Die bisherige Nutzung von natürlichen Ressourcen dient den verschwenderischen Konsumbedürfnissen einer wohlhabenden Minderheit der Weltbevölkerung und raubt der Mehrheit der Weltbevölkerung, vor allem den künftigen Generationen, die Lebensgrundlagen. Diese Art der Ressourcennutzung ist also in keiner Weise nachhaltig. Das private oder aber nationalstaatliche Eigentum an natürlichen Ressourcen hat sich zwecks Regulierung nachhaltiger Ressourcennutzung als untauglich erwiesen. Die neoklassische Antwort, daß die Gesetze des Geldes und das freie Spiel der Marktkräfte den besten Weg auch für den Naturschutz bieten, ist eine Legende oder eine fatale Selbsttäuschung. Zwar kann und soll die positive Funktion des Marktes hinsichtlich der Optimierung von Ressourcenallokation über den Kreislauf von Angebot und Nachfrage grundsätzlich nicht in Abrede gestellt werden, sofern die ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft politisch definiert und durchgesetzt werden. Im Interesse der Absicherung von stofflicher Existenzgrundlage und intakten Umwelt- und Lebensbedingungen der künftigen Generationen müßten globale Höchstgrenzen für die Produktion von erschöpfbaren und die Umwelt belastenden Ressourcen, wie beispielsweise fossile Energien, festgelegt und deren Überschreitung verhindert werden. Dies impliziert allerdings eine universelle Verständigung über diese und viele andere Fragen. Die bisher weitgehend ergebnislose Klimarahmenkonvention ist ein erster Schritt in diese Richtung. Aus der grundlegenden Nachhaltigkeitsregel, daß durch unsere Lebens- und Wirtschaftsweise Existenzgrundlagen künftiger Generationen nicht verletzt werden dürften, folgt m.E. auch eine universelle Regelung des Eigentums an der Natur. Die Natur und der Planet Erde sind niemandes Eigentum. Diese müßten universell verbindlich zum Erbe der Menschheit und aller Lebewesen erklärt werden. Individuen, sozialen Gruppen und Staaten können nur Nutzungsrechte gewährt werden. Die Grundlage für eine sozial verträgliche Regelung der Ressourcennutzung und für die soziale Nachhaltigkeit insgesamt liefert m.E. das ethischhumanistisch begründete Prinzip der Chancengleichheit. Die Chancen-

¹² Ausführliche Darstellung der erfolgreichen Versuche, die Dominanz westlicher Industrieländer bei der Ausbeutung des Öls und fossiler Energien in diesem Jahrhundert abzusichern siehe Massarrat 1993.

¹³ Empirischer Beleg für den Zusammenhang Marktzinsrate und Rohstoffpreise siehe Massarrat 1993:164f

gleichheit impliziert auch die Verteilungsgerechtigkeit. Zur Überwachung und Regulierung der nach Kriterien der Chancengleichheit erteilten Nutzungsrechte an private bzw. öffentliche Institutionen bedarf es der Schaffung von nationalen, regionalen und globalen Regulierungsagenturen, die verfassungsrechtliche bzw. völkerrechtliche Kompetenzen erhalten und demokratisch zusammengesetzt sind. Derartige und neu zu schaffende Institutionen ersetzen keineswegs den Markt und das freie Spiel der Marktkräfte, sie definieren jedoch sehr wohl den Rahmen. Um diese Institutionen zu schaffen, sind Reformen in den einzelnen Staaten und der UN unerläßlich. Freilich sind solche Regulierungsinstitutionen, die die nachhaltige und gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen regeln sollen, mit einigem Aufwand verbunden. Um jedoch die Überlebensfragen der Menschheit der Verfügungsgewalt einer habgierigen Minderheit und der unsichtbaren Hand des Geldes zu entreißen und sie demokratisch kontrollierten Institutionen, die auf universal ethischer Grundlage stehen, zu übertragen, ist der Aufwand mehr als gerechtfertigt.

Literatur

Immler, Hans: Natur in der ökonomischen Theorie, Opladen 1985.

Kautzky, Karl: Die Agrarfrage, Stuttgart 1899.

Locke, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung (Hg.: W. Euchner), Frankfurt/M., Wien 1967.

Loske, Reinhard: Klimapolitik im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen, Marburg 1996.

Massarrat, Mohssen: Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie. Schritte zum Gleichgewicht, Marburg 1993.

Massarrat, Mohssen: Sustainability through Cost Internalisation: Theoretical Rudiments for the Analysis and Reform of Global Structures, in: Ecological Economics, vol. 22. Juli 1997:29-39.

Meadows, Dennis / Meadows, Donella / Zahn, Erich / Milling, Peter: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

Rose, Klaus (Hg.): Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln/Berlin
1971

Solow, Robert M.: The Economics of Resources or the Resources of Economics, in: The American Economic Review, Vol. LXIV, Nr. 2/1974:1-14.

Tuschl, Ronald H.: Mare Nostrum Limes. Der Umgang europäischer Sicherheitsinstitutionen mit peripheren Konfliktformationen, Working Papers Nr. 3/97, Friedenszentrum Burg Schlaining 1997.

Statistische Ouellen:

BP: Statistical Review of World Energy, London 1996.

Fischer Weltalmanach, Frankfurt/M. 1996. Metallstatistik: 1984–1994, Frankfurt/M. 1995.

GÖTZ NEUNECK

Globale Krisen, das Militär und die Umwelt

Nach Ende des Ost-West-Konfliktes wird allgemein ein Rückgang des "militärischen Machtelementes unter den Großmächten der Welt" konstatiert (Falkenrath 1996:37). Die äußere Bedrohungslage hat sich drastisch geändert. Nicht mehr die Abwehr zwischenstaatlicher Kriege, sondern die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), die Bewältigung von ethnonationalen Konflikten und Bürgerkriegen sowie andere diffuse Sicherheitsgefährdungen wie ökologische Probleme, Migration oder Terrorismus stehen im Zentrum der Betrachtungen zukünftiger Sicherheitspolitik. Die klassischen Bedrohungsanalysen der Ost-West-Konfrontation sind zugunsten diffuser Risikobeschreibungen abgeschafft worden. Führt diese propagierte Umorientierung zu einer Verbesserung der "ökologischen Sicherheit"? Wie reagiert das Militär auf die Debatte um die Einführung von "nachhaltiger Entwicklung? Ist die Umwandlung hin zu einem "ökologischen Militär" möglich? Die folgenden Abschnitte sollen versuchen, eine erste Antwort zu geben.

Das Verständnis des Begriffs Sicherheit hat sich in den letzten Jahren hin zu ökonomischen und ökologischen Aspekten verschoben (Daase/Moltmann:1989). Ohne Zweifel sind nationale Sicherheit und Sicherheitsprobleme miteinander in mehrfacher Weise verbunden. Beispielsweise kann eine Verschlechterung der Lebensumstände die regionale Kriegsgefahr ansteigen lassen (Ehrlich/Ehrlich 1988). Dieser Beitrag beschreibt zunächst, daß die führenden westlichen Nationen immer noch erhebliche Mittel in die klassische militärische Sicherheitsvorsorge investieren. Sodann versucht er aufzuzeigen, wie die Clinton-Administration rhetorisch und praktisch mit den deklarierten ökologischen Gefahren umgeht. Insbesondere heute haben Kriege katastrophale, grenzüberschreitende Folgen. Die Folgen des Kalten Krieges und die daraus erwachsenen ökologischen Erblasten beschreibt der anschließende Abschnitt. Der militärische Produktionsprozeß insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion und den USA hat horrende Umweltschäden hervorgerufen, die die Politik noch Jahrzehnte beschäftigen wird. Sicherheit im Sinne von Kriegsführungsfähigkeit und Modernisierung vorhandener